

WOLFGANG BERGEM

Tickt der Osten anders? Zeitmessungen beim 24. New Hampshire Symposium

Die Frage, ob die Uhren in Ostdeutschland anders gehen, kann sinnvoll nur stellen, wer die westdeutschen Uhren zur Norm erklärt, um Ungleichzeitigkeiten als Abweichungen von der Normalzeit feststellen zu können. Der Meridian, der die Unruh in Deutschland normiert, liegt auf dem Längengrad etwa von Flensburg, Kassel und Friedrichshafen. Die Frage nach dem Anderssein in Ostdeutschland war die leitende Perspektive des New Hampshire Symposiums, zu dem rund 50 Sozial- und Geisteswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler sechs Zeitzonen westlich von Deutschland vom 24. Juni bis 1. Juli 1998 zusammenkamen; der forschende Blick war auf Erscheinungsformen von Minorität und Marginalität, auf Erfahrungen von Fremdheit und Ausgrenzung gerichtet. Das Konferenzmotto »Anderssein im Osten« war in doppelter Bedeutung zu verstehen, zum einen bezog es sich auf Andersartigkeit und Minderheitenstatus der ostdeutschen gegenüber der westdeutschen Bevölkerung, zum anderen auf minoritäre Gruppen innerhalb der neuen Länder.

Die Tagungsreihe in dem von *Christoph Schmauch* geführten World Fellowship Center im Urwald von New Hampshire kann mittlerweile auf eine bemerkenswerte Tradition blicken. Im Unterschied zu anderen Konferenzreihen zur DDR-Forschung, die mit dem staatlichen Ende ihres Untersuchungsgegenstands verschwunden sind, konnte sich das jährlich einwöchig durchgeführte New Hampshire Symposium in Conway unter Leitung der Germanistin *Margy Gerber* (Bowling Green State University) über Wende und Vereinigung hinweg behaupten und bietet in den neunziger Jahren mit seiner international und multidisziplinär vorgenommenen Fokussierung von Ostdeutschland ein – nicht nur in Nordamerika – einzigartiges Forum.

Die Mischung von sozial-, literatur- und kulturwissenschaftlichen Herangehensweisen, eine kohärente Strukturierung der Panels und hochkarätige Vorträge begründeten in diesem Jahr den Erfolg der Tagung zum Dachthema »Difference(s) in the East. East Germany between New Beginnings and Marginalization«. Eingeleitet wurde die Konferenz mit theoretischen Konzeptualisierungen des Andersseins und der Differenz: *Brigitte Rauschenbach* (FU Berlin) wandte die seit Hegel geführten Diskurse des Anderen und der Differenz auf die Geschichte der Identitätskonstruktionen der deutschen Nation an, in der das Eigene aus Ermangelung eines mythostauglichen Gründungsaktes immer wieder in scharfer Abgrenzung von dem

Wolfgang Bergem – Jg. 1962, Politikwissenschaftler, Dr. phil.; wissenschaftlicher Assistent an der Bergischen Universität-Gesamthochschule Wuppertal, Fachbereich Gesellschaftswissenschaften; arbeitet zur Zeit an einem Habilitationsprojekt über Identitätskonstruktionen im vereinigten Deutschland.

als feindlich wahrgenommenen, abgewerteten Fremden konstituiert worden sei, und plädierte programmatisch für Trauerarbeit im Sinne von »deconstruction«, um das Anderssein und das Anderswerden sowohl des Fremden als auch des Eigenen paradoxal anerkennen zu können. Um das Selbst und das Andere im vereinigten Deutschland ging es auch im Vortrag von *Andreas Glaeser* (University of Chicago), der von der These ausging, daß die Deutschen in Ost und West nach wie vor ihre Identität zumindest teilweise in der Abgrenzung vom jeweils anderen Landesteil ausprägten. Anhand von ethnographischen Beobachtungen im Berliner Polizeibezirk 66 zeigte er, wie mit der Kategorie der Zeit in Identifikationsprozessen Sinn konstituiert und in tropischen Figuren wie Metonymie, Synekdoche oder Metapher west-östliche Ungleichzeitigkeiten konstruiert würden, indem die ostdeutsche Gegenwart als westdeutsche Vergangenheit wahrgenommen und die Zukunft des Ostens in die Gegenwart des Westens projiziert werde.

Umgekehrt zu dieser – von Glaeser bei westlichen und östlichen Polizeibeamten festgestellten – Strategie einer »distemporalization«, die den Fortschritt des Ostens im zeitversetzten Nachvollziehen der Entwicklung des Westens erkennt, bestand das Erkenntnisinteresse einer Reihe von Beiträgen in den Erfahrungsvorsprüngen der Ostdeutschen aufgrund der transformationsbedingten Umstrukturierungen und Anpassungsleistungen, um zu überprüfen, inwieweit der Westen vom Osten lernen könne: Der Frage nach einem spezifischen Reformpotential der ostdeutschen Universitäten, das auf die Hochschuldiskussion im Westen zurückwirken könnte, ging *Alfons Söllner* (TU Chemnitz) nach und hielt fest, daß die Bedingungen für durchgreifende Hochschulreformen durch sechs Faktoren und Trends im »academic wild East« günstiger seien als an den westdeutschen Massenuniversitäten: die drei neugegründeten Ost-Universitäten mit ihrer scharfen Profilierung; eine anhaltende Aufbruchsstimmung und »community feeling«; relativ kleine und transparente Institutionen mit positiven Lehr- und Lernbedingungen; neue Elemente der Selbstverwaltung mit starken Rektoren und Dekanen, Evaluation der Lehre und indikatorisierter Mittelzuweisung; die disziplinäre Mischung des Forschungs- und Lehrpersonals, das aufgrund geringerer »Versäulung« bessere Voraussetzungen für trans- und supradisziplinäre Arbeit biete; und schließlich Aspekte einer neuen akademischen und Wissenskultur. *Lisa Whitmore* (Stanford University) pointierte für die neuen ostdeutschen Kleinunternehmen im Kulturbereich wie alternative Verlage und Galerien, daß deren wirtschaftliches Überleben auf einer Kreativität und intimen Kooperation zwischen Künstlern und Kunstmarkt basiere, die unter den spezifischen Bedingungen der DDR entstanden seien, deren »emanzipierendes Bewußtsein« gegenüber kulturellen Hegemonien jedoch allgemein für alternative Kunstprojekte beispielgebend sein könne. Im Blick auf die 1999/2002 bevorstehende Einführung des Euro betonte *Friedrich Thießen* (TU Chemnitz) auf der Grundlage strukturierter Interviews zu Verunsicherungen und zur Rationalität des Konsumentenverhaltens vor der Währungsumstellung in den neuen Bundesländern von 1990, wie wichtig es sei, die vor der Einführung einer

neuen Währung zirkulierenden Informationen auf ihre Qualität hin zu untersuchen, um Risiken im individuellen Verhalten als Wirtschaftssubjekt zu vermeiden. *Kerstin Bast-Haider* (HTWS Zittau-Görlitz) stellte das von der EU geförderte Projekt »Grenzüberschreitende Vernetzung Sozialer Arbeit in der Euroregion Neisse« vor, in dessen Rahmen die Aktivitäten von fünf Arbeitsgruppen im Dreiländereck zwischen Deutschland, Polen und Tschechien koordiniert werden und das konzeptionelle Anregungen und Praxiserfahrungen zur Entwicklung einer europäischen Sozialunion bereitstellen könne.

Abgesehen von diesen vier Referaten, die in spezifisch ostdeutschen Prozessen einen Modellcharakter für den Westen überprüften, ging der Tenor der meisten Beiträge in Conway eher dahin, Wahrnehmungen und Konstruktionen von Inferiorität und Minorität Ostdeutschlands in der Berliner Republik hervorzuheben. *Suzanne Bleier* (Universität Halle) untersuchte soziale Scham in Ostdeutschland, unter der sie eine »negative emotionale Selbstbewertung« verstand, als Ursache für Stereotypisierungen der Ost-West-Differenz. Diese symbolisch konstruierten Vorstellungsbilder spiegelten in Form von Marginalisierungsmetaphern (etwa »Bürger zweiter Klasse«) kollektive Erfahrungen der Selbstwertminderung durch Empfindungen von Schuld, Statusverlust und Unterlegenheit und könnten in ihren Konsequenzen destabilisierend auf das demokratische System wirken. Eine auf Ungleichheit zwischen dem Osten und dem Westen Deutschlands verweisende Trope war auch Gegenstand des Vortrags von *Cheryl Dueck* (McGill University), die Ehemetaphern wie dem Schlagwort vom »verflixten siebten Jahr« nachging, das 1997 für den Zustand der Vereinigung geprägt wurde. Die sprachlichen Bilder für diese metaphorische Ehe wiesen durchweg Ostdeutschland die Position einer schwachen und abhängigen Frau zu, wobei diese simplifizierende Anwendung der Kategorie des Geschlechts auf die komplexen Machtverhältnisse zwischen Ost und West ein traditionelles Verständnis vom Geschlechterverhältnis fortschreibe. In der Diskussion wurde es als verstörend wahrgenommen, daß in einem hierarchisch konstruierten ost-westdeutschen Frauendiskurs die Westfrauen die Rolle von Männern einnahmen. Verschiedentlich wurde konstatiert, die ostdeutschen Frauen machten sich aufgrund ihrer in der DDR familienpolitisch gesicherten Vollzeitberufstätigkeit und des dadurch gewachsenen Selbstbewußtseins den radikalen und oftmals dogmatischen Gestus im westlichen Feminismus nicht zu eigen. Bevormundung, Unterdrückung und Sprachlosigkeit von Frauen werden in Christa Wolfs Roman »Medea. Stimmen« literarisch gestaltet, so lautete eine These von *Hilary Collier Sy-Quia* (UC Berkeley) über die in diesem Text thematisierten Unterschiede zwischen weiblichen und männlichen Auffassungen und Formulierungen von Geschichte. In den Texten in »Auf dem Weg nach Tabou« codierte Christa Wolf die dem Westen unterstellte Siegermentalität als männlich und die ostdeutsche Bevölkerung, die in dem als »Anschluß« verstandenen Vereinigungsprozeß zur stimmlosen Minderheit gemacht und deren Erfahrungen als wertlos ignoriert würden, als weiblich und spräche ebenfalls von einer ungleichen Heirat.

Frauen in den neuen Bundesländern wurden als Thema in mehreren Referaten fokussiert: *Felizitas Sagebiel* (Universität Wuppertal) untersuchte Frauen-Freundschaften in Ostdeutschland vor und nach der Wende und hob als Ergebnis ihrer qualitativen Interviews unter anderem hervor, daß Freundschaften in der DDR zwar einen hohen Stellenwert eingenommen, aber erst hinter der Familie rangiert hätten, daß familien- und paarorientierte Bezüge vor 1989 gegenüber individuellen Freundschaften dominiert und daß seit der Wende Zeitknappheit und ein Anwachsen materialistischer Einstellungen die Pflege von Freundschaften erschwert hätten. Ebenfalls auf narrative Interviews gestützt stellte *Petra Drauschke* (Sozialwissenschaftliches Forschungszentrum Berlin-Brandenburg) einen »besonderen Modernitätsvorsprung« alleinerziehender Frauen in den neuen Bundesländern fest, der auf ausgeprägter Flexibilität, hoher Belastbarkeit und der Emanzipation von patriarchalen Familienstrukturen beruhe, und forderte die »Verantwortung des Staates für individuelle Existenzsicherung« ein, um dieses Potential durch »Schaffung adäquater Rahmenbedingungen« zur Geltung bringen zu können. Lebensgeschichtliche Interviews mit Frauen der oppositionellen DDR-Friedensbewegung, vor allem aus der Kriegskindergeneration der vierziger Jahre (und damit vergleichbar mit der westdeutschen Rebellion von 1968), hat *Ingrid Mieth* (FU Berlin) geführt und kam zu der Erkenntnis, daß ein in den Nationalsozialismus involviertes Elternhaus und familiäre Gewalterfahrungen charakteristische Motive für das oppositionelle politische Engagement bereitgestellt hätten. Die Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit sei hier von der familiären auf eine generalisierte gesellschaftliche Ebene verlagert worden, wobei die Antifaschismusrezeption der DDR das Muster für die Entlastung von einem personifizierten Generationenkonflikt und damit eine Entschuldigung der Eltern geboten habe.

Als Minorität in Ostdeutschland wurde in zwei Vorträgen die slawische Minderheit der heute ca. 60.000 Sorben in Sachsen und Brandenburg thematisiert: Während *Ludwig Elle* (Sorbisches Institut, Bautzen) in seinem Plädoyer für »positive Diskriminierung« durch ein stärkeres Engagement des Bundes in Schutz und finanzieller Förderung dieser Minderheit die Bewahrung der (vor allem durch die sorbische Sprache hergestellten) kulturellen Identität des »sorbischen Volkes« und dessen Abgrenzung von Deutschen in den Vordergrund stellte, zeigte *Peter Barker* (University of Reading) in seinem Beitrag über die sorbische Literatur seit der Wende, die verstärkt zwischen sorbischer und deutscher Kultur vermittele, die Chancen von Bilingualität und Bikulturalität zu einer pluralisierenden, kulturelle Grenzen überwindenden Identitätsbildung. Zwischen kultureller Assimilation und Ghettoisierung sah *Harald Michel* (Institut für angewandte Demographie, Berlin) die Situation der rußlanddeutschen Aussiedler in Berlin, für die er die gleichzeitigen Prozesse einer sozialen Ausgrenzung und einer inneren Differenzierung ausmachte. Eine andere Minderheit, die katholische Kirche in Ostdeutschland, untersuchte *Barbara Thériault* (Université Libre de Bruxelles /Universität Erfurt) und betonte deren politische Präsenz in der Wahrnehmung politischer

Ämter durch Katholiken sowie deren soziale Präsenz in Form ihres Wohlfahrtsverbands, der Caritas, in den weitgehend »entchristlichten« neuen Ländern. *Denis M. Sweet* (Bates College) konstatierte für die ostdeutsche Gegenwartsliteratur über Schwule einen paradigmatischen Wechsel, indem die Autoren männliche Homosexuelle nicht mehr als Opfer gesellschaftlicher Intoleranz, sondern als Täter einer ökonomischen und sexuellen Ausbeutung sowie einer Kommerzialisierung darstellten und das Motiv einer Selbstbestimmung unter widrigen Umständen thematisierten. *Birgit Rommelspacher* (Alice-Salomon-FH für Sozialarbeit und Sozialpädagogik, Berlin) kritisierte, daß Rechtsextremismus in Ost- und Westdeutschland in den dominierenden Erklärungsansätzen als psychosoziales Phänomen bzw. als Erscheinung gesellschaftlicher Desintegration verstanden werde, dabei gerate die politische Brisanz des Themas aus dem Blickfeld. In der Diskussion wurde angeregt, hier zwischen Einstellungen, gewalttätigen Handlungen und Wahlverhalten stärker zu unterscheiden; so könnten rassistisch motivierte Brandanschläge und Wahlentscheidungen für die DVU bei der jüngsten Wahl in Sachsen-Anhalt, die teilweise mit der Erststimmewahl von PDS-Kandidaten verknüpft waren, nicht ohne weiteres unter »Rechtsextremismus« zusammengefaßt werden.

Einen interessanten Vergleich zwischen der PDS und dem Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE) der fünfziger Jahre unternahm *David F. Patton* (Connecticut College) und hielt als Gemeinsamkeiten der beiden Protestparteien unter anderem ihren Charakter als »latecomer« in einem ihnen gegenüber (zunächst) feindselig eingestellten Parteiensystem sowie die integrative politische Vertretung einer minoritären, sich marginalisiert fühlenden Bevölkerungsgruppe fest und als Unterschiede die Differenz zwischen einer »bottom-up-« (BHE) und einer »top-down-party« (PDS) sowie die Frage von Inklusion oder Exklusion auf der Ebene der Repräsentation: Während die PDS von den anderen Parteien von formalen Koalitionen ferngehalten werde, sei der BHE durch Koalitionsbildungen in die Regierungsverantwortung eingebunden und mit seiner Wählerschaft politisch integriert worden - und alsbald von der Bildfläche verschwunden. *Patricia Heck* (University of the South) ging auf der Grundlage einer anthropologischen Fallstudie über eine thüringische Kleinstadt den Fehlentwicklungen in der ostdeutschen Kommunalpolitik nach, die sie vor allem durch westdeutsche Hegemonien verursacht sah. Um der Gefahr politischer Instabilität zu begegnen und Demokratie als Symbolsystem kulturell stärker zu verankern, plädierte sie für einen »dritten Weg« in der ostdeutschen Lokalpolitik, der in Anknüpfung an die Runden Tische der Wendezeit stärker konsens- als konkurrenzdemokratisch geprägt sein solle. Die relative politische Unerfahrenheit politischer Eliten in Ostdeutschland sprach *Jennifer Yoder* (Colby College) an, die in ihrem Vortrag argumentierte, daß die Auseinandersetzung der parlamentarischen Gesetzgeber in Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen mit den spezifischen ökonomischen Problemen ihrer Länder sowie verstärkte regionale Wirtschaftsplanung zu einer weiteren regionalen Differenzierung innerhalb der neuen Bundesländer führten und

die Ost-West-Differenz tendenziell in den Hintergrund treten ließen.

Eine zeitlich forcierte sektorale Angleichung Ostdeutschlands an den Westen bei gleichzeitiger Entstehung transformationsbedingter Spezifika war im Panel über »die andere Marktwirtschaft« den Vorträgen von *Ulrich Jürgens* (Universität Kiel) und *Andri Eglitis* (Universität Kiel) zu entnehmen: Während Jürgens der Frage nach einer Amerikanisierung von Städten in den neuen Bundesländern durch die Entstehung großer Einkaufszentren »auf der grünen Wiese« im Umland und inzwischen auch innerstädtisch nachging, die ähnliche Entwicklungen im westdeutschen Einzelhandel in den Schatten stelle, untersuchte Eglitis den Wandel der Versorgungsinfrastruktur in ländlichen Gebieten Ostdeutschlands, der nach der Schließung zahlreicher Einrichtungen eine Konzentration von Gütern und Dienstleistungen an wenigen Standorten und damit Versorgungsprobleme in den Dörfern bewirkt, jedoch auch für den Transformationsprozeß typische Erscheinungen wie Zusatzfunktionen in Dorfläden, mobile Angebotsformen und Nutzungskombinationen bei »Bürgerbüros« oder »Nachbarschaftsläden« ins Leben gerufen habe. Ostdeutsche »linke Kapitalisten« mit politischer Nähe zur PDS und deren organisatorischer Hilfe waren das Thema von *Jörg Roesler* (Berlin), der betonte, linke Unternehmerverbände seien als Reaktion auf die nur an der Klientel im Westen orientierte Politik der westdeutschen Unternehmerverbände sowie auf die Unfähigkeit von Bund und Ländern zu einer adäquaten Mittelförderung im Osten entstanden, und auf die kontroverse Diskussion in der PDS über einen »linken Kapitalismus« hinwies.

Anderssein im Osten und die Differenz zwischen Ost- und Westdeutschland werden, das machte das New Hampshire Symposium deutlich, auch sprachlich konstruiert: *Alissa Shetar* (Thames Valley University /UC Berkeley) zeigte anhand einer Analyse des stenographischen Protokolls einer Bundestagsdebatte über die Arbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern, wie in hegemonialen Diskursstrategien die ostdeutsche »Gefühlslage« einer Unzufriedenheit durch ihre Begründung in ökonomischen Bedingungen mit Rationalität versehen und repolitisiert werde. Weiter hob sie hervor, daß ostdeutsche Politiker im Parlament zusätzlichen rhetorischen Aufwand betreiben müßten, um Gehör zu finden, und eher über Ostdeutsche in der dritten Person denn als Ostdeutsche sprächen, um gesamtdeutsche repräsentative Autorität zu erlangen. *Gerd Antos* (Universität Halle) untersuchte die sprachliche Markierung eines ostdeutschen Andersseins, wie sie etwa in der Pressemitteilung »Ostdeutscher Forscher erhielt Alternativ-Nobelpreis« vorliege. Wenn auch »kulturelle Präsuppositionen« Kommunikationsbarrieren im deutsch-deutschen Diskurs errichteten, seien objektiv keine Sprachunterschiede zwischen Ost und West festzustellen, jedoch eine falsche Kategorisierung von Ost-West-Differenzen als Sprach- oder Kommunikationsprobleme und die Überbetonung angeblicher sprachlicher Unterschiede, um die Zuschreibung einer »pseudo-ethnischen« Identität in der Gegenüberstellung von ostdeutsch und westdeutsch aufrechterhalten zu können.

Die Konstruktion von Identität in literarischen Texten und in intellektuellen Diskursen kam in mehreren Beiträgen zur Sprache.

In Romanen, Erzählungen und Lyrik, die in den neunziger Jahren von jüngeren ostdeutschen Autorinnen und Autoren vorgelegt wurden, machte *Birgit Dahlke* (Humboldt-Universität Berlin) die Erinnerung an »komische Kindheiten« in der DDR aus. In diesen oft ironisch bis sarkastisch grundierten Texten, die die Sozialisationsmechanismen in der DDR, Autoritarismus und Repression durch Vater und Staat, aber auch die verlorengehenden Selbstverständlichkeiten des Alltags literarisch archivierten und sicherten, erscheine die Identität naiver, »unschuldiger« Kindheit als realer denn die gegenwärtige im vereinigten Deutschland. Die Schwierigkeiten, Hoffnungen und Enttäuschungen gegenwärtiger Existenz im postsozialistischen Ostdeutschland fand *Christiane Zehl Romero* (Tufts University) in Ingo Schulzes Simple Storys mit kühlem Blick für Details und Sinn für grotesken Humor dargestellt. Die Figuren müßten als »gewöhnliche, kleine Leute« auf der ständig scheiternden Suche nach einem »normalen Leben«, nach ein bißchen Glück die geforderte schwierige Anpassung an die »amorph« neuen Regeln und Normen der Nachwendezeit erlernen und spiegelten im Kampf gegen Marginalisierung allgemeine moderne Erfahrungen. Eine »Sehnsucht nach Normalität«, die eine Überwindung des geistesgeschichtlichen und politischen »Andersseins der Deutschen« im Vergleich zu anderen westlichen Nationen anstrebe, stellte *Kai Hauke* (Universität Potsdam) in seinem Vortrag zu Helmuth Plessners Studie aus den dreißiger Jahren über die »verspätete Nation« Deutschland fest und sah im gegenwärtigen Ostdeutschland eine Wiederkehr von Momenten dieser tragischen Erfahrung des Andersseins: als Chance für den Respekt vor dem Anderen – auch seiner selbst. Daß die von Hauke pointierte alte deutsche Dichotomisierung von Kultur und Zivilisation bei Heiner Müller in der Kontrastierung von Ost- und Westdeutschland auftauche, sprach *Wolfgang Bergem* (Universität Wuppertal) an, der argumentierte, die Verlusterfahrungen ehemaliger DDR-Intellektueller, vor allem Verlust der sinnvermittelnden Utopie, der eigenen früheren Stellung, Verlust an Prestige und öffentlicher Aufmerksamkeit, spiegelten sich in Melancholie, Trauer und Pessimismus, die zahlreiche Texte zur Vereinigung prägten. Für die intellektuellen Diskurse der neunziger Jahre, die nicht um die DDR-Vergangenheit, Wende und Vereinigung kreisten, konstatierte er eine Unterrepräsentanz ostdeutscher Stimmen und plädierte im Blick auf die doppelte intellektuelle Aufgabe der Kritik der Macht und des Angebots verallgemeinerungsfähiger Deutungsentwürfe dafür, nach dem Ende des realen Sozialismus mit den Ideologien nicht gleich jede Form intellektueller Vision und Utopie mit zu verabschieden. Das stillschweigende Einverständnis mit dem Publikum (dessen Verlust ostdeutsche Intellektuelle zum Teil beklagen) begründe, so *Jacques Poumet* (Université Lyon 2), in bemerkenswerter Kontinuität über die Wende hinweg Resonanz und Nachfrage des Kabarets in den neuen Bundesländern. Die für die satirischen Programme typische Formel »Wir im Osten« konsolidiere im Appell an die Erfahrungsgemeinschaft DDR, an das Erleben des Transformationsprozesses sowie an die gemeinsame Wahrnehmung einer Abwertung, Ablehnung und Diskriminierung im ver-

einten Deutschland eine kollektive Identität der Ostdeutschen. Die Nachwendegeschichte der beiden deutschen PEN-Zentren skizzierte *Dieter Schlenstedt* (Berlin) und hob hervor, der lange und konfliktreiche, von vielerlei Ressentiments erschwerte Weg zu der jetzt vertraglich besiegelten »Verschmelzung« der beiden Einrichtungen stünde stellvertretend für das, was auf der staatlichen Ebene nicht stattgefunden habe. Indem Mitglieder des ostdeutschen PEN-Zentrums dessen Abschiedsparty »Polterabend« taufte, tauchte das bereits angesprochene Motiv der Heirat zwischen ostdeutscher Braut und westdeutschem Bräutigam wieder auf.

Ein eigenes Panel in Conway war dem Jahr 1968, den mit dieser Zahl chiffrierten unterschiedlichen Erfahrungen und Konnotationen in West- und Ostdeutschland gewidmet. *Patty Lee Parmalee* (New York) unterstrich im autobiographisch-historischen Rückblick auf ihre Aktivitäten im amerikanischen SDS (Students for a Democratic Society) und im Westberliner SDS (Sozialistischen Deutschen Studentenbund) den in den beiden studentischen Bewegungen verschiedenen Stellenwert von Pazifismus, persönlicher sowie Redefreiheit und Individualismus auf der einen Seite und von theoretischer Fundierung, vor allem im Marxismus, antiautoritärem Impuls und einer zum Extremismus neigenden Selbstgerechtigkeit auf der anderen Seite des Atlantiks. Weiter verwies Parmalees Bericht von ihrem »zweiten Leben«, beinahe einer »zweiten Identität«, im Ostberlin der sechziger Jahre auf die doppelte Codierung von »1968« in Ost und West. Ausgehend von theoretischen Analysen der politischen und kulturellen Konstellation in der Bundesrepublik, die die Diskussion in den sechziger Jahren beeinflussten, zeichnete *Bernd Rabehl* (FU Berlin) die Politikkonzeption des Westberliner SDS nach, der in Anknüpfung an die Rätetheorien der Weimarer Zeit und im Konflikt zwischen Antiautoritären und marxistischen Traditionalisten sein programmatisches Profil ausgeprägt habe. In der wachsenden Konkurrenz von »Führern« und umgebenden Cliquen im SDS, »Revolten innerhalb der Revolte«, die Chaos begründeten und die Reaktion von Ordnungsmacht hervorriefen, und im Umschlag rationaler Kritik in »irrationale Sehnsüchte nach Disziplin und Ordnung« machte Rabehl Gründe für das politische Scheitern der Radikalopposition aus; das »periphere Ereignis« der Studentenrevolte habe »Aufbruch und Distanz zur Vergangenheit« symbolisiert, jedoch gleichzeitig »Momente der konservativen und reaktionären Antworten auf diese Veränderungen« enthalten und nicht das Format zu grundlegenden politischen Weichenstellungen besessen. Nicht um konkret politischen, sondern um intellektuellen Einfluß ging es *Helmut Peitsch* (University of Cardiff), der die Entdeckung und Rezeption des Marxismus durch westdeutsche Nachwuchsliteraturwissenschaftler analysierte. Als »historische Selbstreflexion unter den Bedingungen nachholender Modernisierung« und legitimiert durch das wissenschaftliche Werk habe die marxistische Literaturwissenschaft einen Bruch mit der bis dahin dominierenden Fachtradition der Germanistik und damit kanonische Revisionen durchsetzen können.

Den »Widerstreit der Diskurse« in der DDR zwischen 1965 und 1971 untersuchte *Inge Münz-Koenen* (FSP Literaturforschung

Berlin), die für diese relativ reformorientierte Phase einerseits eine in »Modernisierungszwang« begründete Ausdifferenzierung autonom werdender Funktionssysteme und andererseits politisch herbeigeführte Prozesse von Entdifferenzierung und ideologischer Homogenisierung ausmachte. Den deutlichen Primat der Politik gegenüber der Ausdifferenzierung gesellschaftlicher Handlungsfelder und eigengesetzlicher Wertsphären in der DDR betonte Carsten Gansel (Universität Giessen) im Blick auf den literarischen Jugenddiskurs der sechziger Jahre. In seinem Vortrag über Jugendkonfigurationen in der Literatur der DDR vor und nach 1968 entwickelte er eine Chronologie von sechs Modellen zur literarischen Darstellung und Sanktionierung der »Prozeßgestalt Jugend«: 1. indem die Jungen früh Verantwortung in der Erziehung der Älteren sowie Rechte und Pflichten im Aufbau einer neuen Gesellschaft übernehmen, bezahlen sie den Preis des »Einfrüens der Lust« und der Jugend als psycho-soziales Moratorium; 2. junge Leute aus sicheren Lebensumkreisen werden in neuen Wirklichkeitsbereiche der bereits veränderten Gesellschaft eingeordnet, angepaßt und kontrolliert, wobei Selbstbestimmung und Autonomie als kleinbürgerlich abgelehnt werden; 3. die Jungen reagieren auf die ihnen zugewiesenen festen Plätze in der Gesellschaft mit dem Drängen auf Bewegung, Freiräume, Erprobung und werden zu Gegenspielern der etablierten älteren Generation; 4. das Recht auf Selbstbestimmung, Individualität und eigenen »lifestyle« wird in den späten sechziger Jahren mit Lockerheit und Lässigkeit sowie unter weitgehendem Verzicht auf rationale Argumentation eingefordert; 5. die Erfahrung enttäuschter Erwartungen, des Widerspruchs zwischen Anspruch und Wirklichkeit sowie tiefer Entfremdung desillusioniert, emanzipiert und läßt einen Riß durch Individuum und Gesellschaft entstehen; 6. die Kluft zwischen Jungen und Alten ist unüberbrückbar geworden, Kommunikation findet nicht mehr statt, und die Politisierung auch des Privaten führt zu einer unpolitischen Gegenbewegung und Verabschiedung. In der Literatur brachte lediglich Ulrichs Plenzdorfs Kultbuch »Die neuen Leiden des jungen W.« ein in Ost und West systemübergreifend gemeinsames jungendliches Lebensgefühl zum Ausdruck, die westdeutsche Studentenbewegung der späten sechziger Jahre habe, so Gansel, die Mehrheit der DDR-Bürger kaum berührt, das »1968« des Ostens, der Prager Frühling, wurde mit Panzern niedergewalzt.

Nicht zuletzt die unterschiedlichen Codierungen und Wahrnehmungen des Jahres 1968 machten auf der Konferenz Ungleichzeitigkeiten und ein Anderssein des Ostens im Vergleich zu den alten Bundesländern deutlich. Ob die Uhren in Ost- und Westdeutschland zukünftig synchronisiert werden können und sollen, bleibt dabei offen. Für das nächste Jahr ist ein Symposium in New Hampshire zu der Frage geplant, inwieweit zehn Jahre nach der Wende ein Ende des Vereinigungsprozesses und ein Anfang der Einheit in der Vielfalt zu verzeichnen ist. Dieses Thema impliziert die Frage, welches Maß an innerer Einheit, kultureller Homogenität und mentaler Integration eine pluralistische Demokratie im föderalen System überhaupt braucht – spannende Kontroversen sind auch hier zu erwarten.